

## Inhaltsübersicht

<b>§ 1 Einführung</b> .....	29
A. Die Lebenswirklichkeit im digitalen Wandel .....	29
B. Gegenstand der Untersuchung .....	33
C. Gang der Untersuchung .....	36
<b>§ 2 Leitlinien gesetzlicher Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung</b> .....	40
A. Entwicklung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts .....	41
B. Entwicklung des Steuerverwaltungsverfahrensrechts .....	72
C. Entwicklung des Sozialverwaltungsverfahrensrechts .....	83
D. Weitere Gesetze der Verwaltungsmodernisierung i. w. S. ....	85
E. Zusammenfassende Analyse und Ergebnis .....	88
<b>§ 3 Begriffsklärung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach den Vorgaben des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens</b> .....	92
A. Zur Berücksichtigungsfähigkeit begriffsklärender Vorarbeiten .....	93
B. Die gesetzlichen Umschreibungen der Kodifikationen des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens .....	96
C. Prägende Charakteristika vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte i. S. d. Kodifikationen des BestVerfModG .....	103
D. Zusammenfassung der begriffskonturierenden Erkenntnisse .....	161
<b>§ 4 Rechtsnatur und Abgrenzung vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG</b> .....	166
A. Die Einordnung des vollständig automatisiert erlassenen Verwaltungsakts als Verwaltungsakt i. S. d. Handlungsformenlehre .....	166
B. Abgrenzungen zu weiteren besonderen Ausprägungsformen von Verwaltungsakten .....	176
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	249
<b>§ 5 Der vollständig automatisierte Erlass von Verwaltungsakten im Gefüge des Verfassungs-, Unions- und Verfahrensrechts</b> .....	252
A. Verfassungsrechtliche Determinanten .....	253
B. Übertragbarkeit auf Anwendungen jenseits standardisierter Prozessabläufe .....	304
C. Verfahrensgrundsätze vollautomatisierter Verwaltungsverfahren .....	334
D. Unionsrechtliche Maßgaben .....	391
E. Exkurs: Rechtstheoretische Grenzen algorithmischer Rechtsanwendung .....	411

<b>§ 6 Der vollautomatisierte Erlass von Verwaltungsakten und Formen exekutivischer Letztentscheidungskompetenzen</b> .....	427
A. Paradigmatische Unvereinbarkeit nach gesetzlichem Leitbild .....	428
B. Vollautomatisierte Ermessens- und Beurteilungsentscheidungen jenseits der tatbestandlichen Grenzen der §§ 35a VwVfG, 31a S. 1 SGB X, 155 Abs. 4 AO .....	442
<b>§ 7 Zusammenfassung in Thesen</b> .....	472
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	495
<b>Sachverzeichnis</b> .....	527

## Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Einführung</b> .....	29
A. Die Lebenswirklichkeit im digitalen Wandel .....	29
B. Gegenstand der Untersuchung .....	33
C. Gang der Untersuchung .....	36
<b>§ 2 Leitlinien gesetzlicher Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung</b> .....	40
A. Entwicklung des allgemeinen Verwaltungsverfahrenrechts .....	41
I. Die Erfassung des VwVfG von 1976 .....	41
II. 3. VwVfÄndG vom 21. August 2002 .....	43
III. 4. VwVfÄndG vom 11. Dezember 2008 .....	47
IV. Das Planungsvereinheitlichungsgesetz vom 31. Mai 2013 .....	49
V. Das E-Government-Gesetz des Bundes vom 25. Juli 2013 .....	50
1. Änderungen des VwVfG durch Art. 3 des EGovG i. w. S. ....	51
a) Erweiterung der Schriftformäquivalente .....	52
b) Weitere Anpassungen im Zuge des Art. 3 des EGovG i. w. S. ....	55
2. Das EGovG i. e. S. ....	55
a) Pflicht zur Eröffnung eines elektronischen Zugangs gem. § 2 EGovG .....	57
b) Subjektives Recht auf elektronische Zugangseröffnung? ..	58
c) Sonstige Regelungen des EGovG .....	62
3. Zusammenfassung zum EGovG i. w. S. ....	63
VI. Das Besteuerungsverfahrenmodernisierungsgesetz .....	65
1. Das Gesetzgebungsverfahren .....	66
2. Die Inhalte des Gesetzes: Vollautomatische Verwaltungsakte und Bekanntgabe durch Abruf im Internet. ....	67
3. Das BestVerfModG als Wendepunkt der Entwicklung .....	68
a) Elektronisierung des Verfahrens als Ausgangspunkt .....	68
b) Neuaufbau durch (Voll-)Automatisierung .....	71
B. Entwicklung des Steuerverwaltungsverfahrenrechts .....	72
I. Die Erfassung der AO von 1977 .....	72
II. 2. und 3. VwVfÄndG .....	73
III. 4. VwVfÄndG und PlanVereinHG .....	75
IV. Das SteuerbürokratieabbauG vom 20. Dezember 2008 .....	76
V. Das E-Government-Gesetz .....	77
1. Änderungen der AO .....	77
2. Das Stammgesetz des EGovG (i. e. S.) .....	78

VI. Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens .....	79
1. Ausschließlich automationsgestützt erlassene Steuerbescheide und neue Bekanntgabeform .....	79
2. Weitere Anpassungen .....	80
VII. Jahressteuergesetz 2019 .....	82
C. Entwicklung des Sozialverwaltungsverfahrensrechts .....	83
D. Weitere Gesetze der Verwaltungsmodernisierung i. w. S. ....	85
I. E-Government-Gesetze der Länder .....	85
II. Das Onlinezugangsgesetz des Bundes (OZG) .....	86
III. Sonstige Gesetze .....	87
E. Zusammenfassende Analyse und Ergebnis .....	88
<b>§ 3 Begriffsklärung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach den Vorgaben des Gesetzes zur Modernisierung des Besteue- rungsverfahrens .....</b>	<b>92</b>
A. Zur Berücksichtigungsfähigkeit begriffsklärender Vorarbeiten .....	93
I. Begriffliche Annäherungen an automatisierte Verwaltungsakte ...	93
II. Maßgeblichkeit der Kodifikationen des BestVerfModG .....	95
B. Die gesetzlichen Umschreibungen der Kodifikationen des Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens .....	96
I. Der Wortlaut im Einzelnen .....	96
1. § 35a VwVfG .....	96
2. § 31a SGB X .....	97
3. § 155 Abs. 4 AO .....	98
II. Parallelbetrachtung der Verfahrenssäulen .....	100
C. Prägende Charakteristika vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte i. S. d. Kodifikationen des BestVerfModG .....	103
I. Aufgreifen des Begriffs „automatischer Einrichtungen“ .....	104
1. Erste Einordnung des Begriffs .....	104
2. Begriffsverständnis im Lichte des Verwaltungsakterlasses „mit Hilfe automatischer Einrichtungen“ .....	107
3. Beschränkungen des Einsatzspektrums .....	109
4. Zusammenfassung .....	111
II. „Vollständig[er] [...] Erlass“ durch automatische Einrichtungen ..	111
1. „Vollständigkeit“ des Erlasses durch automatische Einrichtun- gen .....	112
2. Automatisierung des vorgelagerten Verwaltungsverfahrens? ..	114
a) Vorgelagertes Verfahren als Bestandteil des „Erlasses“ ...	115
aa) Der „Erlass“ als Akt behördlicher Willensäußerung und -bekanntgabe .....	115
bb) Eingeschränkte Aussagekraft des Erlassbegriffs .....	117
b) Automatisiert erlassener Verwaltungsakt ohne automatisier- tes Verwaltungsverfahren .....	119

c)	Automatisierung des vorgelagerten Verfahrens als zentrales Charakteristikum vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte .....	121
aa)	Semantische Anhaltspunkte .....	123
bb)	Die Aussagekraft der Begleitnormierungen .....	124
(1)	Erweiterte Amtsermittlung, §§ 24 Abs. 1 S. 3 VwVfG, 31a S. 2 SGB X .....	124
(2)	Behördliches Risikomanagement gem. § 88 Abs. 5 AO .....	126
(3)	Weitere Normen .....	127
(4)	Zusammenfassung .....	128
cc)	Die gesetzssystematische Abgrenzbarkeit .....	128
dd)	Rechtspolitische und teleologische Erwägungen .....	130
d)	Zusammenfassende Analyse .....	133
3.	Automatisierung der nachgelagerten Bekanntgabe? .....	136
a)	Die nachgelagerte Bekanntgabe als begrifflicher Teil des „Erlasses“ .....	136
b)	Gesetzeskontextuelle und systematische Anhaltspunkte ...	137
c)	Unbeachtlichkeit der vollautomatischen Bekanntgabe ...	140
aa)	Begrenzungsfunktion bzw. Schutzzweck der Normen	141
bb)	Auswahlvorbehalt des (Fach-)Gesetzgebers .....	143
cc)	Normative Verankerung: automatisierter „Entstehungsvorgang“ .....	144
d)	Zwischenergebnis .....	145
4.	Automatisierung des die technischen Verarbeitungsvorgänge auslösenden Impulses .....	145
a)	Beginn des Verfahrens als Bezugspunkt des Impulses .....	146
b)	Unbeachtlichkeit eines automatisierten Impulses .....	148
c)	Zwischenergebnis .....	150
5.	Unschädlichkeit von Aussteuerungsmechanismen .....	151
a)	Rechtsstaatlich absichernde Aussteuerungen .....	151
b)	Beurteilung konkret ausgesteuerter Verfahren .....	152
c)	Rückführung ausgesteuerter Sachverhalte in das automatische Verfahren .....	153
d)	Planmäßige und strukturelle Aussteuerungen .....	157
e)	Zwischenergebnis .....	158
III.	Unabhängigkeit von Verkörperungsformen .....	158
IV.	Keine Sonderdogmatik für „einfache Vollautomatisierung“ .....	160
D.	Zusammenfassung der begriffskonturierenden Erkenntnisse .....	161

<b>§ 4 Rechtsnatur und Abgrenzung vollautomatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG</b> . . . . .	166
A. Die Einordnung des vollständig automatisiert erlassenen Verwaltungsakts als Verwaltungsakt i. S. d. Handlungsformenlehre . . . . .	166
I. Einzelfallbezug, Regelungscharakter und Außenwirkung . . . . .	166
II. Maßnahme einer Behörde . . . . .	167
1. Erfordernis einer menschlichen Willensbetätigung . . . . .	167
2. Bisherige Lösungsansätze . . . . .	168
3. Kodifikatorische Festlegung und deklaratorische Natur der Kodifikation . . . . .	170
4. Ansatzpunkte einer dogmatischen Fundierung . . . . .	171
B. Abgrenzungen zu weiteren besonderen Ausprägungsformen von Verwaltungsakten . . . . .	176
I. Abgrenzung zu elektronischen und elektronisch übermittelten Verwaltungsakten . . . . .	176
1. Elektronische und qualifiziert elektronische Verwaltungsakte . . . . .	176
2. Elektronisch übermittelte Verwaltungsakte . . . . .	179
3. Zwischenergebnis . . . . .	180
II. Zur Kategorie „mit Hilfe automatischer Einrichtungen“ erlassener Verwaltungsakte nach Implementierung vollständig automatisiert erlassener Verwaltungsakte nach dem BestVerfModG . . . . .	181
1. Definitorische Präzisierungen des Begriffs „automatischer Einrichtungen“ . . . . .	181
2. Anwendbarkeit amtsermittlungsbezogener Ergänzungen . . . . .	183
3. Zum systematischen Verhältnis zwischen „vollständig“ und „mit Hilfe“ automatischer Einrichtungen erlassenen Verwaltungsakten . . . . .	186
a) Voll- und teilautomatisiert erlassene Verwaltungsakte als zueinander exklusive Kategorien . . . . .	186
b) Inklusivitätsverhältnis zwischen voll- und teilautomatisiert erlassenen Verwaltungsakten . . . . .	188
c) Zur Anwendbarkeit der Ausnahмовorschriften im Einzelnen . . . . .	191
aa) Vorschriften zum Absehen von der Namenswiedergabe . . . . .	191
(1) Faktische Unanwendbarkeit aufgrund Fortfalls des Regelungszwecks? . . . . .	191
(2) Verfahrenseffizienz als übergeordneter Regelungszweck? . . . . .	193
bb) Regelungen zum Absehen von einer Begründung . . . . .	196
(1) Geringe Bedeutung aufgrund Fortfalls des Regelungszwecks . . . . .	196
(2) Bestätigung der geringen Bedeutsamkeit im Steuer- und Sozialrecht . . . . .	197
cc) Vorschriften zur Entbehrlichkeit einer Anhörung . . . . .	200

(1) Praktische Bedeutungslosigkeit für vollautomatisiert erlassene Verwaltungsakte im Steuer- und Sozialverwaltungsverfahrenrecht .....	200
(a) Sozialverfahrensrecht .....	200
(b) Steuerverfahrensrecht .....	201
(2) Betrachtung im allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht .....	202
dd) Zusammenfassende Analyse .....	208
(1) Inklusivität und grundsätzliche Interoperabilität der Verfahrens- und Formerleichterungen .....	208
(2) Faktische Inkompatibilität der Ausnahmeverordnungen .....	209
(3) Fortbestehen einer defizitären gesetzlichen Steuerung und Anleitung .....	212
III. Abgrenzung zu fiktiven Verwaltungsakten .....	215
1. Zur Rechtsfigur fiktiver Verwaltungsakte .....	216
a) Genehmigungsfiktionen .....	218
aa) Wirkungsweise und Reichweite der Fiktion .....	219
bb) Zur Frage der Rechtsnatur .....	222
cc) Verfassungsrechtliche Grenzen .....	224
b) Die Steueranmeldung als Beispiel weiterer Ausprägungen fiktiver Verwaltungsakte .....	227
2. Vollautomatisiert erlassene Verwaltungsakte im analytischen Abgleich mit fiktiven Verwaltungsakten .....	230
a) Kongruenzen bei faktischer Ergebnisbetrachtung .....	230
aa) Homogenität in den materiellen Wirkungen .....	230
bb) Fehlen (notwendiger) menschlicher Mitwirkung auf Behördenseite .....	231
cc) Teleologische Übereinstimmungen beider Instrumente .....	232
dd) Zusammenhang zu Mitwirkungsbeiträgen des Bürgers .....	233
ee) Praktische Austauschbarkeit und regelungstechnische Konkurrenz .....	236
b) Disparitäten aus formaler und entstehungsprozessorientierter Sicht .....	238
aa) Divergenzen im formalen Wesen der Endprodukte: Tatsächliche Existenz versus Fiktion der Existenz ...	238
bb) Differente Entstehungsmodi: Realer Erlass versus irrealer normative Umgestaltung .....	239
cc) Ausnahmecharakter von Verwaltungsaktfiktionen? ...	242
dd) Minus an vorgerichtlicher Rechtmäßigkeitskontrolle? .....	245
c) Zusammenfassende Analyse und Schlussfolgerung .....	247
C. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	249

<b>§ 5 Der vollständig automatisierte Erlass von Verwaltungsakten im Gefüge des Verfassungs-, Unions- und Verfahrensrechts</b> .....	252
A. Verfassungsrechtliche Determinanten .....	253
I. Gesetzmäßigkeit automatisierter Verwaltung .....	253
1. Vorrang des Gesetzes .....	253
a) Sicherstellung materieller Entscheidungsrichtigkeit .....	255
aa) Vollständige und richtige Abbildung der rechtlichen Grundlagen .....	256
bb) Präventive Gehalte der Sicherung materieller Entscheidungsrichtigkeit .....	259
cc) Nachsorgende Überwachungspflichten .....	262
(1) Fehlerbeobachtungs- und -korrekturverpflichtung .....	262
(2) Reaktions- und Anpassungspflichten bei Rechtsänderungen .....	264
b) Gewährleistung eines funktionalen Gesetzesvollzugs .....	266
2. Vorbehalt des Gesetzes .....	268
a) Unergiebigkeit pauschaler Zuordnungen .....	270
b) Wesentlichkeitsvorbehalt bei besonderer Grundrechtsrelevanz .....	271
c) Übertragung auf bundesrechtliche Zulassungsnormen .....	272
3. Ergebnisse zur Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	273
II. Demokratische Zurechnung automatisierter Verwaltungsentscheidungen .....	274
1. Sachlich-inhaltliche Legitimationskomponenten .....	276
a) Gesetzesbindung als Fundament sachlich-inhaltlicher Legitimation .....	276
b) Weisungsrechte, Aufsicht und parlamentarische Kontrolle .....	277
2. Personell-organisatorische Legitimationskomponenten .....	278
a) Demokratische Verantwortlichkeit des Entscheidungsträgers und Wegfall menschlicher Entscheider .....	278
b) Personell-organisatorische Zurechnung kraft humaner Residualelemente .....	279
aa) Bewusste Freigabeentscheidung als menschliches Initiativmoment .....	279
bb) Menschliche Einflussnahme auf Programmierung und Ausgestaltung der Entscheidungssysteme .....	280
cc) Fortbestehen einer operativen menschlichen Verfahrensherrschaft .....	284
3. Zusammenfassendes Fazit zur demokratischen Zurechnung .....	285
4. Einschränkungen gem. Art. 33 Abs. 4 GG? .....	287
III. Menschenwürdegehalte als Automatisierungsgrenze .....	289
1. Die Objektformel als Ausgangspunkt für Unvereinbarkeitsthesen .....	289
2. Praktische Unergiebigkeit der Menschenwürde .....	290

a)	Kernbereichsschutz menschlicher Subjektivität versus verfahrensrechtliche Feinjustierung .....	291
b)	Die Disparität von Automatisierung und „Verobjektivierung“ .....	292
c)	Pragmatische und rechtspolitische Gesichtspunkte .....	293
3.	Operable Automationsgrenzen in Extrembereichen .....	294
a)	Sachlich-inhaltliche Automationsgrenzen .....	295
b)	Formelle Automationsgrenzen .....	296
4.	Zusammenfassung .....	297
IV.	Automatisierte Einzelentscheidungen und effektiver gerichtlicher Rechtsschutz .....	298
1.	Wirksame Kontrolle bei automatisierter Entscheidungserzeugung .....	298
2.	Nachvollziehbarkeit durch Begründungsmechanismen .....	299
V.	Fazit zu den verfassungsrechtlichen Determinanten .....	302
B.	Übertragbarkeit auf Anwendungen jenseits standardisierter Prozessabläufe .....	304
I.	Axiomatisch-deduktive und stochastisch-induktive Modelle .....	304
1.	Determinierte Systeme .....	304
2.	Indeterminierte Systeme .....	305
II.	Selbstlernende Systeme als Katalysator des vollautomatisierten Verwaltungsakterlasses? .....	306
1.	Gesetzsystematische Kompatibilität .....	306
2.	Verfassungsrechtliche Spannungslage und funktional-differenzierende Betrachtungsweise .....	308
a)	Die Ebene der Rechtsanwendung .....	309
aa)	Selbstmodulierung und Gesetzmäßigkeitsprinzip .....	309
bb)	Demokratische Defizite selbstlernender Systeme .....	313
(1)	Selbstmodulation als Problem sachlich-inhaltlicher Legitimation .....	313
(2)	Personell-organisatorische Zurechenbarkeit bei Selbstmodulation .....	314
(a)	Keine effektive Verantwortlichkeit durch Einfluss auf Programminhalte .....	314
(b)	Keine effektive Verantwortlichkeit durch Freigabeentscheidung .....	316
(c)	Operative Verfahrensherrschaft als bloßes Legitimationsfragment .....	317
(3)	Ergebnis zu demokratischen Defiziten selbstlernender Systeme .....	318
cc)	Gewaltenteilung und effektiver Rechtsschutz .....	318
dd)	Fazit zum Einsatz intelligenter Systeme auf Rechtsanwendungsebene .....	320

b)	Vorbehalt für andersartige, ggfls. hybride Anwendungsformen künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung	322
c)	Sonstige, insbesondere risikobewertende und informationsverifizierende Komponenten des Entscheidungssystems . . .	323
aa)	Indeterminierte Algorithmen als Katalysatoren einer Risikoevaluation . . . . .	323
bb)	Verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit intelligenter Risikoevaluation . . . . .	326
(1)	Funktionalität als Rechtfertigungsfigur . . . . .	326
(2)	Abgeschwächte verfassungsrechtliche Problemlage . . . . .	327
(a)	Gesetzmäßigkeit, Gewaltenteilung, Rechtsschutz . . . . .	327
(b)	Demokratische Legitimation . . . . .	328
(c)	Zwischenergebnis . . . . .	329
cc)	Sicherungsmechanismen beim Einsatz intelligenter Risikoevaluation . . . . .	330
III.	Fazit zum Einsatz selbstlernender Systemkomponenten . . . . .	332
C.	Verfahrensgrundsätze vollautomatisierter Verwaltungsverfahren . . . . .	334
I.	Automatisierte Amtsermittlung . . . . .	335
1.	Der Untersuchungsgrundsatz als Garant rechtsstaatlicher Sachrichtigkeit . . . . .	335
2.	Durchführung der Amtsermittlung in vollautomatisierten Verfahren . . . . .	336
a)	Vollautomatisierte Sachverhaltsermittlung als technischer Informationserhebungs-, -akkumulations- und -bereitstellungsvorgang . . . . .	337
b)	Automationsspezifische Amtsermittlungsdefizite und kompensatorische Mechanismen . . . . .	341
aa)	Qualifizierte Freitextfelder und automatisierte Äußerungsaufforderungen mit Aussteuerungsfolge als individualitätsintegrativer Mechanismus . . . . .	344
(1)	Schnittstellen zur Implementation individuellen Vorbringens . . . . .	344
(2)	Tatsächliche Berücksichtigung individueller Angaben durch Aussteuerung . . . . .	346
(3)	Grenzen der Integration individuellen Vorbringens . . . . .	348
bb)	Risikomanagementsysteme als strukturelle Plausibilitäts- und Risikokontrolle . . . . .	351
(1)	Funktionsweise und Zielsetzung von Risikomanagementsystemen . . . . .	354
(2)	Modellierungsansätze von Risikomanagementsystemen . . . . .	355
(a)	Der deterministische Ansatz . . . . .	355

	(b) Selbstlernende Modellierungsansätze . . . . .	358
	(3) Folgen der Risikoidentifikation: risikoinduzierte Aussteuerung . . . . .	360
	(4) Verfassungsrechtliche Mindestanforderungen . . . . .	361
	(a) Geeignete Auswahl und indikative Kraft der Risikoparameter . . . . .	361
	(b) Zufällige, turnusmäßige, behördenseitige Aussteuerungen . . . . .	363
	(c) Diskriminierungsfreiheit der Risikobewertung . . . . .	364
	(d) Mindestmaß an Transparenz und Nachvollziehbarkeit . . . . .	367
	(e) Verhinderung der Antizipation und Umgehung des Risikomanagements . . . . .	368
	3. Ergebnis zur automatisierten Amtsermittlung . . . . .	370
II.	Automatisierte Anhörung . . . . .	372
	1. Verfassungsrechtliche Hintergründe und Kerngehalte des Anhörungsgrundsatzes . . . . .	372
	2. Anhörung in vollautomatisierten Verfahren . . . . .	373
	a) Generelle Ausnahme- und Ausschlussbereiche . . . . .	374
	b) Unergiebigkeit der Ausnahmegesetze für teilautomatisierte Verwaltungsakte . . . . .	375
	c) Die Informalität der Anhörung als Anker ihrer technischen Umsetzung . . . . .	377
	3. Ergebnis zur Anhörung in automatisierten Verfahren . . . . .	378
III.	Automatisierte Begründung . . . . .	379
	1. Verfassungsrechtliche Hintergründe und Kerngehalte der verwaltungsverfahrensrechtlichen Begründungspflichten . . . . .	379
	2. Begründungspflichten bei vollautomatisiert erlassenen Verwaltungsakten . . . . .	380
	a) Umsetzung einer automatisierten Begründung . . . . .	382
	b) Inhalte und Tiefe der Begründung . . . . .	384
	c) Erläuternde Begründung versus abstrakte Algorithmenkontrolle . . . . .	386
	3. Ergebnis zur automatisierten Begründung . . . . .	388
IV.	Zusammenfassendes Fazit . . . . .	389
D.	Unionsrechtliche Maßgaben . . . . .	391
	I. Verbot automatisierter Einzelfallentscheidungen, Art. 22 DSGVO . . . . .	391
	1. Regelungsgehalte des Art. 22 DSGVO . . . . .	392
	2. Anwendung auf vollständig automatisiert erlassene Verwaltungsakte . . . . .	393
	a) Einschlägigkeit des Art. 22 DSGVO . . . . .	393
	b) Manueller Bekanntgabevorgang und Aussteuerungsmechanismen . . . . .	394
	3. Ausnahmetatbestände und verfahrensmäßige Mindestgarantien . . . . .	395

a)	Recht auf persönliches Eingreifen des Verantwortlichen ..	397
b)	Recht auf Darlegung des eigenen Standpunkts .....	398
c)	Recht auf Anfechtung und inhaltliche Neubewertung der Entscheidung .....	400
d)	Faire und transparente Verarbeitung der Daten .....	402
e)	Erläuterung der Entscheidung .....	403
f)	Anforderungen bei besonderen Kategorien personenbezo- gener Daten .....	404
II.	Automationspezifische Auskunfts- und Informationsrechte .....	405
III.	Ergebnis zu den unionsrechtlichen Einflüssen und Zusammenfüh- rung mit nationalem Verfahrensrecht .....	409
E.	Exkurs: Rechtstheoretische Grenzen algorithmischer Rechtsanwendung	411
I.	Algorithmische Rechtsanwendung als Kategorienfehler .....	412
II.	Algorithmen als methodisch valide Rechtsanwendungsinstanzen .	416
1.	Algorithmische Rechtsanwendung als Produkt humaner Antizi- pierung .....	417
2.	Qualitative und methodische Abstufungen juristischer Subsum- tion .....	420
3.	Zusammenführung der Argumente und Fazit .....	423
<b>§ 6</b>	<b>Der vollautomatisierte Erlass von Verwaltungsakten und Formen     exekutivischer Letztentscheidungskompetenzen</b> .....	427
A.	Paradigmatische Unvereinbarkeit nach gesetzlichem Leitbild .....	428
I.	Allgemeines Verwaltungsverfahrenrecht .....	428
II.	§§ 31a S. 1 SGB X und 155 Abs. 4 AO .....	429
III.	Steuerverfahrensrechtliche Anzeichen automatisierten Ermessens .	430
1.	Normative Spuren „automatisierter Ermessenstatbestände“ ...	431
2.	Keine Abkehr von ablehnender Grundkonzeption .....	432
3.	Allenfalls punktuelle und systemwidrige Aufweichungen .....	434
IV.	„Bestehen“ des Entscheidungsspielraums .....	435
1.	Rein normative und verfahrensbezogene Auslegung .....	435
2.	Inkonsistenz einer verfahrensbezogenen Auslegung .....	436
V.	Fazit zur gesetzlichen Ausgangslage .....	441
B.	Vollautomatisierte Ermessens- und Beurteilungsentscheidungen jenseits der tatbestandlichen Grenzen der §§ 35a VwVfG, 31a S. 1 SGB X, 155 Abs. 4 AO .....	442
I.	Einschätzungen im Schrifttum .....	442
1.	Ablehnende Auffassungen .....	442
2.	Aufgeschlossenerere Meinungen .....	444
II.	Eigene Stellungnahme .....	447
1.	Automatisiertes Ermessen .....	448
a)	Indifferenz hinsichtlich Ausfüllungsmodi .....	448
b)	Ermessenszweckerreichung in automatisierten Verfahren ..	449

aa) Antizipierbarkeit und Ubiquität wertender Entscheidungsanteile . . . . .	450
bb) Standardisierte Ermessensausübung durch administrative Selbstbindung . . . . .	452
cc) Die Problematik des atypischen Falles . . . . .	454
dd) Risikomanagementsysteme als Kompensationsinstrument . . . . .	455
c) Zwischenergebnis . . . . .	459
2. Automatisierte Beurteilungsspielräume . . . . .	460
III. Konsequenz: Sachwidrigkeit administrativer Letztentscheidungsbefugnisse als normative Automationsgrenze . . . . .	462
IV. Komplexität der Entscheidungslage als maßgebliche Determinante . . . . .	464
V. Zusammenfassendes Fazit . . . . .	469
<b>§ 7 Zusammenfassung in Thesen . . . . .</b>	<b>472</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>495</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>527</b>